



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

---

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

---

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

---

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.


 UPOV

CAJ/II/2.

ORIGINAL: englisch

DATUM: 24. Oktober 1978

# INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

## VERWALTUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS

### Zweite Tagung

Genf, 15. bis 17. November 1978

#### VERHÄLTNIS DES WETTBEWERBSRECHTS ZUM SORTENSCHUTZ

vom Verbandsbüro ausgearbeitetes Dokument

1. Der Verwaltungs- und Rechtsausschuss hat auf seiner ersten Tagung im April 1978 vereinbart, dass jede Delegation für diesen Ausschuss eine Äusserung "über die besondere Stellung, die Vermehrungslizenzen einnehmen," ausarbeiten soll und dass diese Äusserungen beim Verbandsbüro spätestens am 1. September 1978 eingehen sollten (siehe Dokument CAJ/I/11, Absatz 17).

2. Sachverständige aus der Bundesrepublik Deutschland haben ein Dokument übersandt, das in der Anlage zu diesem Dokument wiedergegeben ist. Von Delegationen der anderen Mitgliedsstaaten sind die folgenden Informationen übersandt worden:

#### Belgien

3. Nach den amtlichen Bestimmungen ist die Zustimmung des Züchters oder seines Vertreters nur für die Vermehrung von Basissaatgut erforderlich. Diese Bestimmungen stützen sich auf die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften. Diese Richtlinien sehen insbesondere vor, dass die Vermehrung von Basissaatgut unter der technischen Verantwortung des Züchters oder seines Vertreters stattfinden muss; diese müssen die Genehmigung zur Produktion von Basissaatgut entweder selbst erlangen oder für die Erhaltung der Sorte verantwortlich sein.

4. Demgegenüber findet die Vermehrung von zertifiziertem Saatgut aufgrund von privatrechtlichen Verträgen statt, die der Züchter oder sein Vertreter abgeschlossen hat, vorausgesetzt, dass sie selbst den Vertrieb von Basissaatgut überwachen.

5. Die Ausübung von Züchterrechten wird die Züchter wahrscheinlich in die Lage versetzen, die Vermehrung von zertifiziertem Saatgut ihrer Sorten zu überwachen.

#### Frankreich

6. Die Delegation hat das Verbandsbüro unterrichtet, dass sie nicht in der Lage sei, ihre Bemerkungen von Amts wegen zu formulieren.

#### Südafrika

8. Der einzige Lizenztyp, der in Südafrika für die Vermehrung und den Vertrieb von Vermehrungsmaterial gefordert wird, ist die vom Inhaber des Pflanzenzüchterrechts erteilte Lizenz, die den Lizenznehmer ermächtigt, Vermehrungsmaterial der Sorte, für die das Recht besteht, herzustellen, zu vertreiben, einzuführen oder auszuführen. Diese Lizenzen werden in den Sektionen 23 und 25 des südafrikanischen Pflanzenzüchtergesetzes zugelassen.

Schweden

9. Die Delegation hat keinerlei Informationen über die Zahl von Lizenzen oder über Bestimmungen, die in die Lizenzvereinbarungen aufgenommen werden; noch haben Züchter die Registrierung von Lizenzen im Sortenregister verlangt. Der Delegation ist nicht bekannt, dass Beschränkungen im Sinne von Artikel 9 des Übereinkommens auferlegt worden sind.

Schweiz

10. In diesem Land sind noch keine Lizenzen nach den Bestimmungen des schweizerischen Sortenschutzgesetzes erteilt worden.

[Anlage folgt]

## ANLAGE

ARBEITSDOKUMENT ÜBER DAS VERHÄLTNIS DES WETTBEWERBSRECHTS  
ZUM SORTENSCHUTZ

von Sachverständigen aus der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt<sup>1</sup>

Bezug: Dokumente CAJ/I/4 und CAJ/I/11, Abschnitt 17

I. Ein französischer Züchter von Maissorten hatte einem deutschen Vertragspartner das Sortenschutzrecht sowie die ausschliessliche Lizenz zur Vermehrung und zum Vertrieb für diese Sorten für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland übertragen. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat durch Entscheidung vom 21. September 1978 (IV/28.824-Sortenschutzrecht-Maissaatgut) die Ausschliesslichkeit der Lizenz zur Vermehrung und zum Vertrieb als Zuwiderhandlung gegen die Wettbewerbsregeln des Art. 85 Abs. 1 des EWG-Vertrages bezeichnet. Hinsichtlich der Vermehrung hat sie dazu in den Erwägungsgründen ausgeführt, dass die Notwendigkeit einer Beschränkung der Vermehrung, etwa auf Grund klimatischer Bedingungen, im vorliegenden Fall nicht nachgewiesen sei und deshalb kein Anlass für eine allgemeine Ausnahme der Vermehrung von den Wettbewerbsregeln bestehe. Die Kommission hat damit erkennen lassen, dass sie für Lizenzverträge im Bereich des Sortenschutzes im Regelfall die gleichen Grundsätze für anwendbar hält wie sie für den Bereich der gewerblichen Schutzrechte entwickelt worden sind.

Zur Einbeziehung der Vermehrungslizenzen ist zu bemerken:

II. Die Erzeugung von Vermehrungsgut bietet aufgrund der biologischen Gegebenheiten ganz allgemein bestimmte Besonderheiten gegenüber der Herstellung sonstiger Waren. Bei der Herstellung von Waren, die dem gewerblichen Rechtsschutz unterliegen, sind im allgemeinen folgende Voraussetzungen gegeben:

a) Es steht eine allgemeine Lehre zum technischen Handeln (die offenbarte Erfindung) zur Verfügung. Diese ist so beschrieben, dass jeder Fachmann mit durchschnittlichen Kenntnissen den in der Lehre beschriebenen Erfindungsgedanken nachvollziehen und den betreffenden Gegenstand beliebig reproduzieren kann. Nur die Berechtigung zur Anwendung dieser technischen Lehre ist üblicherweise Gegenstand der Vertragsbeziehungen zwischen Erfinder und Hersteller.

b) Die für die Herstellung des Gegenstandes benötigten Ausgangsmaterialien (z.B. Metalle, chemische Rohstoffe) sind im Regelfall bei verschiedenen, voneinander unabhängigen Lieferanten in gleichartiger Beschaffenheit beliebig verfügbar. Die Beschaffung dieser Ausgangsmaterialien setzt keine irgendwie geartete Beziehung zwischen Erfinder und Hersteller voraus.

c) Werden von verschiedenen Herstellern die zu a) erwähnten Lehre angewandt und die gleichen zu b) erwähnten Ausgangsmaterialien benutzt, so werden die Erzeugnisse dieser Hersteller unabhängig vom Standort des Produktionsbetriebes und von den sonstigen Produktionsbedingungen sachlich identisch sein. Es handelt sich somit trotz der voneinander unabhängigen Herstellungsprozesse um die gleiche Ware. Aus diesem Grunde ist der Schluss gerechtfertigt, dass ausschliessliche Herstellungslizenzen den Handel mit dieser Ware beeinträchtigen können.

III. Alle vorgenannten Voraussetzungen liegen bei der Vermehrung botanischer Materie nicht vor.

a) Ausgangsmaterial für die Erzeugung von Vermehrungsgut (also die Vermehrung) sind die Pflanzen einer bestimmten Sorte, bzw. bei Hybriden oder synthetischen Sorten mehrerer bestimmter Sorten (Erbkomponenten), d.h. ein Pflanzenbestand oder mehrere Pflanzenbestände mit den Besonderheiten der einzelnen Arten entsprechend jeweils gleichen genetisch bedingten morphologischen und physiologischen Merkmalen. Die Erzeugung weiterer Pflanzen mit den entsprechenden Merkmalen ist nur durch Weitervererbung dieser Merkmale durch Vermehrung der Pflanzen der ge-

<sup>1</sup> In dem Begleitschreiben haben die Sachverständigen ausgeführt, dass das Dokument sich auf die Punkte beschränkt, die allgemein für die Vermehrung von Sorten gelten. Von der Darstellung von Besonderheiten bei bestimmten Arten oder bestimmten Vermehrungssystemen sowie von der Darstellung sonstiger Besonderheiten, deren Berücksichtigung die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ja nicht ausschliessen wolle, sei als in diesem Rahmen zu weit führend abgesehen worden.

nannten Sorte möglich. Die Produktion von Pflanzenbeständen mit bestimmten gleichen Merkmalen kann daher nicht in einer allgemeinen Lehre beschrieben werden, die es einem anderen Fachmann ermöglichen würde, mit anderem Pflanzenmaterial als dem der genannten Sorte Pflanzen zu erzeugen, die den Merkmalen der Sorte entsprechen. Der Prozess der Herstellung von Pflanzen mit bestimmten Merkmalen ist also für Dritte ohne Besitz des sortentypischen Ausgangsmaterials nicht wiederholbar.

b) Auch wenn ein Erzeuger von Vermehrungsgut (Vermehrer) Pflanzenmaterial der genannten Sorte in Besitz bekommt, bedeutet dies nicht, dass er nunmehr durch Weitervermehrung dieses Ausgangsmaterials beliebig Vermehrungsgut der betreffenden Sorte produzieren könnte. Dazu muss man sich bewusst machen, dass jede Vermehrung von Pflanzenmaterial nicht einfach ein mechanischer Herstellungsprozess ist, sondern ein Erbgang im biologischen Sinne. Die Merkmalskombination einer Zuchtsorte ist das Ergebnis einer langwierigen Züchtungsarbeit, bei der durch verschiedene Zuchtmethoden (z.B. Kreuzung, Rückkreuzung, künstliche Mutationsauslösung stets verbunden mit strengen Ausleseverfahren und Nachkommenschaftsprüfungen) bestimmte Erbfaktoren in eine Sorte hineingezüchtet wurden. Den biologischen Gegebenheiten entsprechend bleibt eine Sorte aber nicht über beliebig viele Erbgänge (Vermehrungen) mit all ihren Pflanzen in ihrer Merkmalskombination stabil, sondern neigt zu bestimmten Veränderungen. Die wichtigsten sind folgende:

- i) Durch genetisch bedingte Aufspaltungen und Mutationen erwachsen Pflanzen, die in ihren Merkmalen mit den für die Sorte festgelegten Merkmalen nicht übereinstimmen. Hierdurch verliert die Sorte ihre Homogenität. Die Homogenität (d.h. die Übereinstimmung aller Pflanzen einer Sorte in ihren Merkmalen, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Arten) ist aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Sorte überhaupt in ihrer Identität definieren zu können und daran rechtliche Folgerungen (Sortenschutz, Zulassung zu Sortenkatalogen, Saatgutzertifizierung) knüpfen zu können. Ein Pflanzenbestand, dessen Pflanzen im genannten Sinne nicht gleich sind, ist überhaupt keine "Sorte", ihr Vermehrungsgut ist keine für den Anbau brauchbare Ware. Aus diesem Grunde ist sowohl nach Artikel 6 Absatz 1 lit. c) der UPOV-Konvention als auch nach Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über einen Gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten und Artikel 4 der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über den Verkehr mit Gemüsesaatgut die Homogenität als eine der Voraussetzungen für die Schutzerteilung und auch für die Zulassung zu den Sortenkatalogen vorgeschrieben.
- ii) Aus den Ausführungen im vorstehenden Absatz ergibt sich, dass bei den meisten Arten die Sorten dazu neigen, sich im Laufe aufeinanderfolgender Erbgänge insgesamt zu verändern, d.h. der Pflanzenbestand "verschiebt" sich von Vermehrung zu Vermehrung. Eine Sorte entspricht dann nach ihren aufeinanderfolgenden Vermehrungen in ihren morphologischen und physiologischen Merkmalen nicht mehr der vom Züchter ursprünglich bestimmten und auch bei der Erteilung des Sortenschutzes oder bei der Zulassung zu einem Sortenkatalog festgelegten Ausprägung. Damit ist die Sorte nicht mehr beständig. Durch diese Veränderung entsteht praktisch eine andere Sorte. Bei dem Vermehrungsgut handelt es sich dann somit um eine andere Ware. Deshalb gehört nach Artikel 6 Absatz 1 lit. d) der UPOV-Konvention und den genannten Bestimmungen der Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften auch die Beständigkeit zu den Voraussetzungen des Schutzes bzw. der Zulassung.

Um die vorgenannten Veränderungen zu vermeiden, muss die Sorte (bei z.B. Hybriden oder synthetischen Sorten einschliesslich ihrer Erbkomponenten) fortlaufend erhaltungszüchterisch bearbeitet werden. Die Erhaltung der Sorte enthält stets wesentliche Elemente der Ursprungszüchtung (Ausmerzungen von sogenannten Auskreuzungen, Mutationen, mechanischen Vermischungen, kranken Pflanzen). Diese erhaltungszüchterische Tätigkeit und das daraus resultierende Ergebnis ist den zuständigen Behörden nach Artikel 10 Absatz 2 der UPOV-Konvention, Artikel 11 bzw. 12 der o.a. Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften ständig nachzuweisen. Wird die Sorte nicht in ihrer ursprünglichen Ausprägung erhalten, wird der Sortenschutz bzw. die Zulassung der Sorte aufgehoben.

c) Selbst wenn ein Vermehrer ständig Vermehrungsgut zur Verfügung hätte, das einen sortenechten und sortenreinen Aufwuchs ermöglichen würde, wäre damit noch nicht sichergestellt, dass das Ergebnis seiner Vermehrung zu sortenechtem und sortenreinem Vermehrungsgut führen würde. Das Ergebnis der Vermehrung kann durch folgende weitere Faktoren beeinflusst werden:

- i) Vermehrungsgut ist eine lebende Materie, die nicht wie eine andere Ware beliebig aufbewahrt werden kann, sondern durch geeignete Massnahmen am Leben erhalten werden muss. Dabei können ungeeignete Massnahmen (bestimmte chemische oder physikalische Einflüsse) zu genetischen Veränderungen auch am Vermehrungsgut führen, so dass dieses, obwohl es ursprünglich sortenecht und sortenrein war, zu einem nicht sortenechten und nicht sortenreinen Aufwuchs führt.
- ii) Als lebende Materie sind Pflanzen stark dem Befall mit Schadorganismen ausgesetzt. Diese können durch Faktoren bedingt sein, die der Vermehrer nicht beeinflussen kann (Klima, Standort, umgebende Kultur- und Wildpflanzen, allgemeiner Infektionsdruck im Anbaugebiet). Krankheiten können durch das Vermehrungsgut - oft zunächst unerkannt - übertragen werden. Sie verursachen bei den Abnehmern des Vermehrungsgutes (den Anbauern) erhebliche wirtschaftliche Schäden.
- iii) Eine Sorte kann nur sortenecht und sortenrein erhalten werden, wenn während der Vermehrung keine Befruchtung durch andere Pflanzen aus der Umgebung eintritt, da sonst ungewollte und unkontrollierbare Einkreuzungen entstehen, die die Sorte verändern. Es muss daher sichergestellt werden, dass Vermehrungen nur dort durchgeführt werden, wo derartige Einflüsse, die vom Vermehrer nicht immer kontrollierbar sind, ausgeschlossen sind.

IV. Unter Berücksichtigung des oben Ausgeführten sind als Besonderheiten der Vermehrung gegenüber der Herstellung sonstiger Waren folgende Faktoren festzuhalten:

- i) Die in der Züchtung einer Sorte liegende Innovation ist nicht mit der Hervorbringung eines bestimmten Pflanzenbestandes abgeschlossen, sondern bedarf wegen der botanischen Materie der ständigen züchterischen Bearbeitung der Sorte.
- ii) Jede Vermehrung ist Teil dieser Erhaltung. Fehlentwicklungen bei der Vermehrung können die Sorte oder wesentliche Teile davon verändern und damit die Verfügbarkeit von sortenechtem und sortenreinem Vermehrungsgut wesentlich beeinträchtigen oder ganz verhindern.
- iii) Dem Vermehrungsgut können Fehler der oben erläuterten Art nicht selbst angesehen werden, da es sich im wesentlichen um genetische Mängel handelt. Der Verbraucher von Vermehrungsgut (Anbauer) hat deshalb keine Möglichkeit, die Eigenschaften und Qualitäten des Vermehrungsgutes an Hand einer bestimmten Partie zu beurteilen. Die Mängel zeigen sich erst am Aufwuchs aus dem Vermehrungsgut. Dann ist der Schaden für den Anbauer aber bereits unabänderbar eingetreten.
- iv) Der Züchter hat als für die Sorte Verantwortlicher für deren Erhaltung zu garantieren. Mängel in der Erhaltung der Sorte gehen zu seinen Lasten, da das Schutzrecht bzw. die Zulassung zu einem Sortenkatalog in diesem Falle aufgehoben werden können. Dies wird im Regelfall auch nachteilig für die Verbraucher von Vermehrungsgut sein. Der Züchter kann die ihm im Verbraucherinteresse auferlegte Verpflichtung zur Sortenerhaltung nur dann wirksam erfüllen und dafür garantieren, wenn er den entscheidenden Einfluss auf die Vermehrung der Sorte behält. Er muss abschliessend bestimmen und kontrollieren können, unter welchen Bedingungen seine Sorte vermehrt wird.
- v) Die biologisch bedingten Besonderheiten der Züchtung, einschliesslich des Erfordernisses der ständigen Erhaltungszüchtung waren der Hauptgrund dafür, dass sich die für gewerbliche Erzeugnisse geltenden Regelungen des Patentrechts allgemein als untauglich erwiesen haben, ein Züchterrecht zu gewähren, so dass es erforderlich wurde, ein besonderes Züchterrecht einzuführen.
- vi) Aus den vorgenannten Gründen sollte dem Züchter die Möglichkeit bleiben, durch die Vergabe ausschliesslicher Vermehrungslizenzen die Vermehrung abschliessend zu kontrollieren und auf bestimmte Betriebe zu beschränken. Dies sollte auch dann gelten, wenn an sich eine grössere Anzahl gleich geeigneter Betriebe zur Verfügung steht, es dem Züchter aber wirtschaftlich nicht zumutbar ist, ein Kontrollsystem einzurichten, das sich auf eine Mehrzahl von Vermehrungsbetrieben erstreckt.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für allgemeine Herstellungslizenzen einerseits und für Vermehrungslizenzen andererseits wesentliche Unterschiede aufweisen. Diese Unterschiede sollten bei der wettbewerbsrechtlichen Beurteilung sorgfältig in Betracht gezogen werden.